

09.01.2012 – Andreas Hilger: Neue Erkenntnisse zu Michail Gorbatschow, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1985-1991

(Hamburg)

Dr. Andreas Hilger studierte Geschichte und Slavistik in Köln und Volgograd. Er promovierte an der Universität zu Köln zum Thema „Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941-1956“ (Essen 2000) und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes. Seine Forschungsschwerpunkte beziehen sich auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen und die internationale Beziehungen der UdSSR, hier aktuell besonders sowjetische Beziehungen zu Indien, 1941-1966. Seine wichtigsten Publikationen in diesem Zusammenhang sind:

- (Herausgeberschaft), Die Sowjetunion und die Dritte Welt, München 2009
- (Kommentar), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, München 2011
- (Herausgeberschaft), Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, München 2011

Weitere Information zum Referenten finden sich unter folgendem Link:

<http://www.andreas-hilger.de>

In den letzten Jahren wurden besonders russische und bundesdeutsche Quellen über den deutschen Einigungsprozess 1989/1990 zugänglich. Auf dieser Basis diskutiert der Vortrag zum einen Grundprobleme der Entscheidungsfindung sowjetischer Deutschlandpolitik unter Gorbatschow (Gorbačev) und stellt sie in den Gesamtzusammenhang der sich stetig zuspitzenden innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Probleme Moskaus. Es wird deutlich, dass Gorbatschow auf ein Gesamtpaket setzte, das auf Dauer die Existenz der UdSSR als Groß- und Supermacht mit sichern sollte. Die bundesdeutsche Diplomatie unter Kohl und Genscher hat in dieser Umbruchphase engagiert dazu beigetragen, dass die sowjetische Führung die Zukunftschancen, die mit der „Herstellung der deutschen Einheit“ verbunden waren, höher bewertete, als potentielle Risiken. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR waren derartige Planungen obsolet. Probleme in den späteren deutsch-russischen Beziehungen – von der Entschädigung der Zwangsarbeiter bis hin zur NATO-Osterweiterung – zeugen jedoch davon, dass bereits der 1990 gewollte Neubeginn nicht frei von Belastungen aus der schwierigen Vergangenheit sowie aus dem Einigungsprozess selbst war.

Hilger beginnt seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass die von ihm im Folgenden vorgetragenen Erkenntnisse insofern „neu“ seien, als dass sie sich auf der Grundlage neuester Akteneditionen stützen, an denen er mitgewirkt hat.

Die maßgeblichen Perspektiven auf die Umbruchphase 1989/90 seien:

- der Zeitzeugenbericht Lothar de Maizières – der sich gewissermaßen als Gegenversion zu Kohls Autobiografie versteht
- die jüngsten Biografien zu Genscher
- die jüngsten Studien über Mitterand

- die neue Biografie über Gorbatschow
- neuere Quelleneditionen über jene Zeit sowie
- die gesammelten Werke Gorbatschows, die mittlerweile 20 Bände umfassen und auch bereits bis in das Jahr 1990 reichen, leider allerdings bislang nur auf Russisch

Die Frage, die immer wieder auftaucht, lautet plakativ, wer für die deutsche Vereinigung 89/90 eigentlich ‚verantwortlich‘ war, bzw. welche Akteure wie zu gewichten sind. Welches waren die größeren Ereigniskontexte? Zieht man die oben genannten Perspektiven zu Rate, wird deutlich, wie sehr die Geschichte Bestandteil einzelner Vergangenheitspolitiken war und ist: sowohl Kohl als auch Genscher und de Maizière stellen sich als Hauptakteure des Geschehens dar. Auch ist es schwierig, einen Anfangspunkt und den letztlich entscheidenden Rahmen des Vereinigungsprozesses zu bestimmen. Ebenso will bedacht werden, dass er nicht in jeder Sichtweise als Erfolgsgeschichte gewertet wird. Putin beispielsweise betrachtet noch heute den Zusammenbruch von UdSSR und Warschauer Pakt als „geopolitische Katastrophe“, andere Stimmen sprechen vom „Selbstmord der Sowjetunion unter Gorbatschow“. Dessen Anhänger sehen die Ereignisse als „Ergebnis des neuen Denkens“. Was das SED Politbüro betraf, so war die Einheit bis Krenz unerwünscht und wurde unter Modrow nur zähneknirschend zugestanden.

Die angesprochenen neuen Akteneditionen präsentieren Quellen aus dem Zentrum der russischen Macht, und auch das bundesdeutsche Auswärtige Amt hat wichtige Dokumente früher als den Fristen entsprechend freigegeben, so dass man sich auf dieser Grundlage nun ein recht detailliertes Bild über die damaligen Entscheidungsprozesse machen kann. Hilger hebt hervor, wie stark aus den russischen Quellen beispielsweise der Antiamerikanismus als Triebfeder wichtiger Entscheidungen hervorsticht. (Die Memoiren der betreffenden sowjetischen Politiker sind hier deutlich zurückhaltender.) Ebenfalls aufschlussreich sind die Hinweise auf das persönliche Verhältnis Gorbatschows zu Kohl. Von der bis heute medial beschworenen Männerfreundschaft ist in den Akten noch lange nach den ersten offiziellen Fotos, die diese suggerieren, nichts zu spüren. Kohl wird hier z.T. sehr kritisch gesehen. Besonders aufschlussreich war jedoch die Erkenntnis, wie konträr die verschiedenen sowjetischen Institutionen die Lage beurteilten. Beteiligt waren neben dem Außenministerium der ZK-Apparat und der persönliche Stab Gorbatschows. Selbst innerhalb der Institutionen ergibt sich ein uneinheitliches, ja verwirrendes Bild, so Hilger. Gorbatschow wiederum fälltte aus diesen konträren Meinungen und Stimmungen heraus oft selbstherrliche Entscheidungen – teilweise auch recht spontan. Als Beispiel führt Hilger Gorbatschows plötzliche Zusage an, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland in der NATO bleiben dürfe. Seine Berater waren über diese nicht abgesprochene Aussage zunächst sehr beunruhigt und versuchten sofort, sie zu relativieren und Gorbatschow wieder umzustimmen. Um Gorbatschows Entscheidungsfreudigkeit zu verstehen, muss man sich freilich den weiteren politischen Kontext vergegenwärtigen, der den ungeheuren Druck offenbart, der auf ihm lastete: Nicht nur drohten die Nationalitätenkonflikte die UdSSR zu sprengen, sondern täglich erreichten ihn neue Hiobsbotschaften zur katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Bei all dem musste sich Gorbatschow mit Richtungskämpfen innerhalb der KPdSU auseinandersetzen. Oft blieb ihm also gar keine Zeit, lange zu zögern. Er wartete oft etwas ab, hörte sich die unterschiedlichen Meinungen an und fälltte dann scheinbar unverhofft seine Entscheidungen, um sich den nächsten drängenden Fragen zuzuwenden. Die Frage der deutschen Einheit stand hier keineswegs ganz oben auf seiner stets langen Agenda.

Trotz all dieser Probleme und obwohl die UdSSR immer wieder auf Hilfe von außen angewiesen war, beharrten praktisch alle sowjetischen Politiker und auch Gorbatschow selbst auf der Großmachtstellung. Man war der Ansicht, nur eine Krise bewältigen zu müssen, bis die Reformen griffen und die Konsolidierung sich einstellen würde. Diese Annahme war allerdings irrig.

Die Entscheidungsdichte Gorbatschows hatte oft zur Folge, dass konkrete Richtungsanweisungen fehlten, so dass die Befehlsempfänger oft nur mitgeteilt wurde, was sie erreichen sollten, aber nicht wie. Dies hatte nicht selten ineffektiven Aktionismus zur Folge.

Ein Grundprinzip, an dem Gorbatschow stets festhielt, war, dass sich die Armee aus der Politik heraushielt. Wenn er Zugeständnisse machte, dann spekulierte er nach Ansicht Hilgers auf solche auch der anderen Seite, um der UdSSR in Zukunft Vorteile zu verschaffen. Gegenüber Deutschland wollte er weiterhin als Vertreter einer Großmacht auftreten können. Diese Rechnung ging freilich nicht auf, da sich Warschauer Pakt und Sowjetunion schneller auflösten als dass sie von potentiellen zukünftigen Vorteilen noch hätten profitieren können. Gorbatschow wurde gleichsam der Boden unter den Füßen weggezogen.

Im Folgenden analysiert Hilger Gorbatschows Deutschlandpolitik genauer und unterteilt diese in zwei Phasen: vom Amtsantritt bis November 1989 und vom November 1989 bis zum Zusammenbruch der UdSSR.

1. Amtsantritt bis November 1989

Moskau, so Hilger, war in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre für viele westdeutsche Politiker ein gern aufgesuchter Ort. Die Kernthemen jener Zeit waren für Gorbatschow: Perestroika, den Zusammenhalt im eigenen Lager stärken, die Auflösung der Blockbindungen bei einigen osteuropäischen Staaten sowie der Erhalt der UdSSR als Supermacht. Die Deutschlandpolitik Gorbatschows fügte sich in dieses Geflecht ein. Die Bundesrepublik war aus sowjetischer Sicht zwar Systemgegner, aber eben ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Europa.

Zu dieser Zeit gab es aus Gorbatschows Sicht noch keinen Wunsch nach deutscher Einheit, nicht einmal eine entsprechende Perspektive. Seine Sicht der Dinge war offenbar von systemimmanenten Fehlwahrnehmungen geprägt: Die eigene Macht überschätzte Gorbatschow stark, ebenso die freiwillige Bündnistreue der Warschauer-Pakt-Staaten. Der Fall der Mauer war aus sowjetischer Sicht der Punkt, an dem sich die Politik maßgeblich änderte.

2. Vom November 1989 bis zum Zusammenbruch der UdSSR

Die Sowjetunion, erklärt Hilger, tat sich nach den Ereignissen im November 1989 schwer, sofort zu reagieren. Man wartete erst einmal ab und unterschätzte die Dynamik der folgenden Entwicklung völlig. Ebenso schätzte man die Stimmung innerhalb der DDR falsch ein und ging davon aus, dass der Sozialismus grundsätzlich beliebt war und bleiben würde. Auch von den übrigen Siegermächten glaubte man, dass sie gegen eine Vereinigung beider deutscher Staaten seien. Möglicherweise, spekuliert Hilger, waren Gorbatschow und seine Berater auch noch in den Denkschemata sozialistischer historisch-politischer Gesetzmäßigkeiten befangen.

Der äußere Eindruck von der sowjetischen Außenpolitik in dieser Phase ist verwirrend. In den USA gab es Stimmen, die behaupteten, der UdSSR habe damals jegliche Politik gefehlt. Hilger hält dies für überspitzt. Feststellen lässt sich jedoch ein Zickzackkurs.

Die Frage ist allerdings, ob es zur Wiedervereinigung und zum Zusammenbruch der UdSSR wirklich eine Alternative gegeben hätte. Einige Hardliner unter den Sowjets wollten Deutschland mit seinem Wunsch auf Vereinigung einfach auflaufen lassen, doch Hilger hält ein solches Szenario im Kontext der damaligen Umstände für unrealistisch.

Den Schlüsselmoment macht der Vortragende im Februar 1990 aus. Gorbatschow formulierte damals mehrere Punkte, die seiner Wunschliste für die sowjetische Zukunft gleichkamen, also zeigen, was ihm besonders wichtig war:

- die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker
- den Erhalt der Sicherheitsbalance in Europa
- das Voranbringen der europäischen Abrüstung
- die Unantastbarkeit der europäischen Grenzen
- der Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen der UdSSR mit dem Ausland
- die Reform und Stabilisierung der UdSSR

Vielfach, so Hilger, hat Gorbatschow diese Ziele erreicht, doch die Hoffnungen auf die Zukunftsdividende fielen in sich zusammen, da die UdSSR zuvor zusammenbrach. Folgende Problemkreise wären laut Hilger ohne dies geblieben:

- die Form der Verabschiedung der sowjetischen Soldaten
- die Frage nach Entschädigungen
- die Grenzen der NATO-Osterweiterung (hier hatte es wohl mündliche, aber keine schriftlichen Zusagen gegeben, so dass die UdSSR sich betrogen fühlte)

Als Fazit erläutert Hilger, dass die deutsche Vereinigung aus Gorbatschows Sicht kein Schlusstrich, sondern ein Auftakt sein sollte, um die vorbereiteten Vertragswerke mit Leben zu füllen.

Wie in den Europa-Gesprächen üblich, schloss sich dem Vortrag eine rege Diskussion an. Hier hob Hilger nochmals hervor, dass wirtschaftliche Hilfen 1989/90 für Gorbatschows Politik nicht maßgeblich waren. Zu der in den Medien oft geäußerten These, dass die „DDR das ungeliebte Kind der UdSSR“ gewesen sei, äußerte Hilger, dass er diese Auffassung nicht teile. Zum Schluss gab es persönliche Differenzen oder Animositäten zwischen Honecker und Gorbatschow, aber generell sei die DDR fest im sozialistischen System verankert gewesen. Einen „chinesischen Weg“ (also die brutale Niederschlagung freiheitlicher Bewegungen), so Hilger auf eine entsprechende Frage, sei für Gorbatschow zu keinem Zeitpunkt eine Option gewesen. Er lehnte dies inhaltlich ab und hätte es auch wohl nicht durchsetzen können.